

Deckungsvorschlägen versehen werden. Dabei sollen einmalige Investitionsausgaben nicht zur Deckung von laufenden Verbrauchsausgaben verwendet werden. Wichtig erscheint der SPD-Fraktion auch, daß bei allen Sparmaßnahmen keine „Spar-Ruinen“ im Lande entstehen dürfen, es wird also sichergestellt, daß angelaufene Projekte in jedem Fall zeltgerecht zu Ende geführt werden können.

Zur Eindämmung der Personalkosten haben die Koalitionsfraktionen bereits im laufenden Haushaltsjahr wesentliche Voraussetzungen geschaffen, indem sie die Wirksamkeit der Untergruppe „Stellenpläne“ des Haushalts- und Finanzausschusses erhöhten. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe wird das im kommenden Herbst eindeutig belegen.

F.D.P.: Stabilitätsbeitrag jetzt auch im Sachhaushalt

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Hans Koch:

Die F.D.P.-Fraktion hat immer wieder, unter anderem bei den Haushaltsberatungen 1974 durch den von ihr mitgetragenen Antrag zum Personalhaushalt, deutlich gemacht, daß sie stabilitätsgerechte Landeshaushalte will. Durch diesen Antrag wurde es erstmals möglich, alle Ausgaben im Personalbereich kritisch zu überprüfen. Das in diesem Sommer bekanntzugebende Ergebnis wird den Erfolg dieser inzwischen von niemandem mehr ernsthaft kritisierten Maßnahme zeigen.

Stabilitätspolitik darf aber nicht nur zu Lasten der im öffentlichen Dienst Beschäftigten betrieben werden. Folgerichtig hat die F.D.P.-Fraktion dem Ministerpräsidenten angeboten, dabei mitzuwirken. Im Haushalt 1975 den Stabilitätsbeitrag auch im Sachhaushalt durchzusetzen. Die Empfehlungen des Finanzplanungsrates und die Beschlüsse der Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktionen in den Länderparlamenten zur Wiedererlangung der Stabilität gaben als Richtwert eine Steigerungsrate von unter zehn Prozent für den Haushalt 1975 vor.

Die landespolitische Gesamtverantwortung verlangt jedoch, daß es trotz des hohen Ranges des Stabilitätszieles keine globale Festlegung auf eine bis auf eine Stelle hinter dem Komma vorgegebene Steigerungsrate des Haushalts 1975 geben kann. Die bei Bund, Ländern und Gemeinden anzustrebende geringere Steigerungsrate der Haushalte 1975, die durch die steuerreformbedingte Übertragung von 12,8 Milliarden DM Kaufkraft vom staatlichen in den privaten Bereich notwendig wird, ist für den Landeshaushalt 1975 nur zu erreichen, wenn unter Abwägung aller landespolitischen Ziele jeder Haushalts-titel auf die Möglichkeit einer Kürzung hin überprüft wird.

Das ernsthafte Bemühen um den stabilitätsgerechten Haushalt 1975 sollte bei allen Fraktionen des Landtags spürbar werden. Auch die Opposition ist aufgerufen, bei den kommenden Haushaltsberatungen auf haushaltssteigernde Anträge zu verzichten. Damit hat sie Gelegenheit zu beweisen, daß sie erkannt hat, daß man Stabilität nicht durch Reden und Allbianträge, sondern nur durch unpopuläre Einsparungen erreicht.

Porträt der Woche

Am auffälligsten an Reinhard Grätz (34) ist seine Unauffälligkeit. Doch die manchmal an Schüchternheit grenzende Zurückhaltung, die wenig polit-professionelle Art zu sprechen — das täuscht. Der gebürtige Schlesier Grätz, der schon mit 17 Jahren der SPD beitrug, weiß was er will.

Er hat es im Kulturausschuß bewiesen, in den er 1970 als Parlamentsneuling sozusagen aus Verlegenheit „abkommandiert“ wurde. Da fühlte er sich „unter den Schulmestern zunächst als Außenseiter“. Das änderte sich aber, als die berufliche Bildung immer mehr in den Vordergrund kultur- und gesellschaftspolitischer Überlegungen trat. Und Grätz ist immerhin einer der wenigen Kulturpolitiker, die die Probleme in diesem Bereich von der Pike auf kennen.

Nach der Volksschule in einer niedersächsischen Zwergschule mit „miserablen Entwicklungschancen“ lernte die Kriegswaise Reinhard Grätz den Beruf des Ofensetzers und Fliesenlegers — mit Erfolg, denn er wurde Bundesbester im Berufswettkampf der Handwerksjugend. Nach der in Abendkursen erworbenen mittleren Reife Studium an der Ingenieurschule für Keramik. Seit 1964 arbeitet Grätz, der in Wuppertal wohnt und seit zwei Jahren verheiratet ist, in einem Forschungsinstitut. Dort hat er es inzwischen zum Abteilungsleiter gebracht. Der „linke Realist“ Grätz, der erst als Erwachsener Schwimmen gelernt hat, ist ein harter Arbeiter, der auch vor der gefürchteten Feinarbeit, die Reformeifer und Reform mit sich bringen, nicht zurückschreckt. Beruflich wie auch politisch mit sprödem Material vertraut, meint Grätz, noch vor wenigen Jahren Juso-Vorsitzender in Wuppertal: „Es hat keinen Zweck, verbal dauernd auf das linke Bein zu stampfen. Ideen muß man im Hin-



Reinhard Grätz (SPD)

terkopf haben und Stück für Stück zu verwirklichen suchen.“

Frellich führt die „Kärnerarbeit“ (Grätz) leicht zur Frustration, gar zur Verzweiflung; Gefühlsregungen, die ein Politiker sich genauso wenig leisten kann wie beispielsweise ein Bergsteiger: Gibt er sich auf, fällt er um so eher.

Reinhard Grätz hat die unausbleibliche Frustration der ersten Jahre parlamentarischer Arbeit durch „seinen“ großen Wurf kompensiert: Von ihm ist das Weiterbildungs-gesetz — hie umstritten, da beklatscht — initiiert worden. Dabei sind ihm die inzwischen weitgehend ausgeräumten Bedenken der freien Träger, vor allem der Kirchen, ebenso fremd wie unmotiviert: Der engagierte evangelische Christ Reinhard Grätz ist bei aller Konfliktfähigkeit durchaus auch in der Lage, an die Richtigkeit und den Erfolg „seiner“ Sache zu glauben.

Sein nüchtern-distanzierter, sachbezogener Stil, der nicht zuletzt vom politischen Gegner geschätzt wird, gemischt mit einem kräftigen Schuß politischen Ehrgeiz, hat auch in der Partei das Fortkommen gefördert. Allem Radikalen fremd, gehört Grätz seit Anfang dieses Jahres zum Vorstand des SPD-Bezirks Niederrhein. „Parteiarbeit“, weiß Grätz, „ist sehr wichtig — auch für die Meinungsbildung der Abgeordneten.“ Er muß sie pflegen, will er seine Vorstellungen durchsetzen. Dabei kommen notgedrungen die Steckenpferde Theater, moderne Malerei, Literatur und Schwimmen immer häufiger „viel zu kurz“.

Bernd Kleffner